

Kreistagsgrüne für die Fortführung der Go-In-Schulen im Kreis Unna

Da der Bildungserfolg bei Kindern mit Migrationshintergrund eine wesentliche Schlüsselrolle für die soziale und spätere berufliche Integration spielt, ist eine zügige und qualifizierte schulische Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung.

Seit 2012 hat der Kreis Unna daher in Kooperation mit der Schulaufsicht eine tragfähige Struktur zur Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen aufgebaut. Dazu arbeiten die Ausländerbehörden Kreis Unna und Lünen, die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA) Kreis Unna, die untere und obere Schulaufsicht (Bezirksregierung Arnsberg) und Schulen aller Schulformen aus den kreisangehörigen Kommunen in einem ergebnisorientierten Netzwerk zusammen.

Name des Projekts: „Go In“. Sein Ziel: Die sprachliche Förderung der Schülerinnen und Schüler innerhalb des Regelunterrichts – ohne die Einrichtung von Auffang-/Vorbereitungsklassen.

Yvonne Gebauer, neue NRW-Ministerin für Schule und Bildung, kündigte jetzt an, das Go-In-System an den Schulen in NRW abschaffen zu wollen.

Die Grüne Kreistagsfraktion wiederum möchte dem entgegenwirken und hat heute (27. Juli) einen Antrag für den nächsten Ausschuss für Soziales, Familie und Gleichstellung gestellt – mit dem Auftrag, Landrat Michael Mokiolla möge sich landesweit in den entsprechenden Gremien für die Fortführung des erfolgreichen Go-In-Systems im Kreis Unna einsetzen. Begründung: „Das ‚Go-In-Konzept‘ (Modellprojekt zur

potenzialorientierten Beschulung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen) findet kreisweit grundsätzlich Zustimmung“.

Weiter heißt es in dem Grünen-Antrag:

„Zeitnah wird für die Kinder und Jugendlichen die sprachliche und soziale Integration innerhalb des Regelunterrichts und des Schulalltags ermöglicht. Die aufnehmende Schule organisiert parallel dazu Förderunterricht/-gruppen, in denen die neuzugewanderten Kinder intensiv die deutsche Sprache erlernen. Das wissenschaftlich nachhaltig begleitete Projekt des Kommunalen Integrationszentrums (KI) in Bergkamen bietet strukturell abgesicherte Beschulung und klare Zuständigkeiten. Durch geordnete Verfahrensabläufe und den Einsatz qualifizierten Personals bietet das KI eine gute Einschätzung der ankommenden Kinder und Jugendlichen, um sie potenzialgerecht an entsprechende Regelschulen weiter zu empfehlen. Die Sprachförderung erfolgt innerhalb des Schulalltags. Zusätzlich erhalten die Lehrkräfte der aufnehmenden Schulen Unterstützung und umfangreiche Material- und Methodenberatung.

Dieses gute System zugunsten eines Konzepts der „Auffangklassen“ abzuschaffen, würde einen folgenschweren Rückschritt darstellen: die neu zugewanderten, fremdsprachigen Kinder und Jugendlichen unterschiedlichen Alters, Herkunft und Sprache säßen in diesen „Auffangklassen“, abgeschirmt von den deutschen. Ohne Möglichkeit des gegenseitigen Kennenlernens oder der einfachen Integration über die gemeinsame Pausen- oder Freizeitgestaltung. Die sprachlichen Lernerfolge bleiben aus, bzw. verlangsamen sich, da die Schülerinnen und Schüler dieser Auffangklassen untereinander im Schulalltag kein natürliches Korrektiv haben und sich falsche Spracheigenschaften zu verfestigen drohen.

Wir bitten um Zustimmung und stehen zur näheren Erläuterung zu weiteren Gesprächen bereit.“